

In vielen Bereichen einig



Führt die freie Schulwahl zu einer optimalen Schulbildung für alle Jugendlichen? Mit dieser und anderen Fragen beschäftigten sich am Mittwoch Michael Suter (Vorstand Elternlobby Schweiz), Yvonne Gilli (Nationalrätin Grüne, Wil), Thomas Stalder (Moderator, Elternlobby), Marlis Angehrn (Schulpräsidentin Wil) und Peter Hartmann (Kantonsrat SP, Flawil) (von links). (BILD: BILD: ART.)

Am 13. Februar findet die Volksabstimmung zur Initiative «Freie Schulwahl auf der Oberstufe» statt. Am Mittwochabend kreuzten Befürworter und Gegner der Initiative im Wiler Hof ihre Klinge.

CHRISTOF LAMPART

Die Initianten, die «elternlobby.ch» und die Jungfreisinnigen St. Gallen, touren zurzeit mit einer kontradiktorisch geführten Podiumsreihe durch den Kanton. Dabei wollen sie den Stimmbürgern die Gelegenheit geben, sich mit Fragen der in der Schweiz weitgehend neuen Idee der freien Schulwahl auseinanderzusetzen. Führt die freie Schulwahl zu einer optimalen Schulbildung für alle Jugendlichen? Solche und weitere Fragen diskutierten am Mittwochabend im Wiler Hof Marlis Angehrn (Schulpräsidentin Wil), Yvonne Gilli (Nationalrätin Grüne, Wil), Peter Hartmann (Kantonsrat SP, Flawil) und Michael Suter (Vorstand elternlobby.ch). Als Moderator wirkte Thomas Stalder von der elternlobby.ch

Teure Therapien sparen

Peter Hartmann befürchtet durch die Initiative ein schleichendes, finanzielles Ausbluten der öffentlichen Schule. «Wenn aufgrund der freien Schulwahl rund fünf Prozent je Jahrgang die

Schule wechseln würden, dann wären das bei uns in Flawil rund sechs Schüler je Jahrgang. Dies hätte für uns zur Folge, dass wir zwar sechsmal 18 000 Franken an andere Schulen überweisen müssten, gleichzeitig aber aufgrund der wenigen Schüler, welche die Schule verlassen haben, keine Klasse einsparen. Die Kosten bleiben also sozusagen gleich, die Einnahmen nicht.» Auch würde ein Ja zur Initiative die «Überzeugungsschulen» stärken, also jene, die ein spezielles Segment anböten. Für Hartmann der falsche Weg: «Ich meine, dass wir die Eltern in der öffentlichen Schule mehr einbinden sollten – unter anderem in Elternräten. So könnte man die Qualität der Schulen anheben», so Hartmann.

Michael Suter, Vorstandsmitglied von «elternlobby.ch», freute sich, dies zu hören – doch machte er zugleich deutlich, dass er nicht daran glaube, denn die Elternmitwirkung an den öffentlichen Schulen sei bis anhin gering – und dies nicht, weil die Eltern nicht wollten.

Yvonne Gilli hielt Hartmanns Votum entgegen, dass man nicht einfach nur die monetäre Seite sehen dürfe. Viel wichtiger sei es, dass jedes Kind – ungeachtet der finanziellen Voraussetzungen im Elternhaus – die für es bestmögliche Schule besuchen könne. «Wenn ein Kind diese Schule besucht, kann es sich besser entwickeln. Und somit kann man sicherlich auch oft teure Lerntherapien einsparen.»

Knackpunkt Politik?

Marlis Angehrn betonte, dass sie im Grunde genommen nichts gegen die Initiative habe – doch müssten dafür Privatschulen und öffentliche Schulen die gleichen Voraussetzungen haben. Heute sei es so, dass die Staatsschule Geld, aber wenig Entscheidungsfreiheit habe – bei den Privatschulen sei dies oft umkehrt der Fall. Wenn nun aber die Privatschulen aufgrund der Initiative die gleichen Schulgelder wie die Staatsschule erhalte, die Staatsschule jedoch nicht die Freiheiten der Privatschulen, dann entstehe ein Ungleichgewicht. Ein noch grösseres Hindernis auf dem Weg zu einer freien Schulwahl liegt für Angehrn jedoch in der Haltung der Politik: «Ich kann es mir nicht vorstellen, dass der Kanton an eine Schule mit – sagen wir mal – 200 Schülern jährlich 3,6 Millionen Franken zahlt und dabei nichts mitzubestimmen hat.»